

Sparpläne „zu bescheiden“

Die Handelskammer hat gestern ihr Gutachten zum Haushaltsentwurf 2011 vorgelegt. Die von der Regierung vorgeschlagenen Sparmaßnahmen sind der Meinung der „Chambre de commerce“ zufolge viel zu bescheiden.

Obwohl die Regierung angekündigt habe, mit diesem Haushalt das Land auf die Zukunft vorzubereiten und erste Schritte in Richtung eines ausgeglichenen Staatshaushalts unternehmen zu wollen, würde man im diesem Gesetzesentwurf doch grundsätzliche Reformen vermissen, die nötig seien, um die öffentlichen Finanzen auf lange Sicht abzusichern.

So ließen noch immer Maßnahmen auf sich warten, die erstens die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe steigern und zweitens die öffentlichen Ausgaben bremsen würden. Das am 30. Oktober ausgehandelte Abkommen mit dem Patronat beinhalte jedenfalls keine strukturellen Verbesserungen.

Die Handelskammer schlägt deshalb Maßnahmen in folgenden Bereichen vor: Um die Ausgaben des Staates in den Griff zu bekommen, soll ein gesetzliches Limit der Verschuldung bei 30 Prozent des BIP festgeschrieben werden. Die Kammer setzt sich ebenfalls für eine neue Haushaltsprozedur ein, die unter dem Namen zielorientierter Haushalt bekannt ist. Gelder sollen nur nach spezifischen Zielen eingesetzt werden.

In Luxemburg würden die öffentlichen Ausgaben viel schneller ansteigen als im Ausland, was

nicht wenig zum öffentlichen Defizit beigetragen habe. Der gesetzliche Mindestlohn müsse auf einem „niveau raisonnable“ gehalten werden, andernfalls würde die Arbeitslosenquote noch mehr steigen, warnen die Wirtschaftswissenschaftler der Handelskammer.

Sorgen um das Pensionssystem

Bei den öffentlichen Investitionen müsse mehr zwischen dem „Notwendigen“ und dem „Nützlichen“ unterschieden werden. Planungsprozeduren müssten ebenfalls vereinfacht werden.

Große Sorgen bereitet der Handelskammer die Entwicklung des staatlichen Pensionssystems. Einerseits werde die hiesige Bevölkerung immer älter und die Lebenserwartung steige an; andererseits sei das Renteneintrittsalter in Luxemburg im internationalen Vergleich relativ niedrig. Die finanzielle Lage des Sozialsystems werde nur noch für kurze Zeit so positiv aussehen.

Gehe man davon aus, dass die Leistungen bis 2060 auf dem aktuellen Niveau blieben, müsste Luxemburg dann 38 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes aufbringen, um die Sozialausgaben zu finanzieren, d.h. doppelt so viel wie heute.

Letztendlich sei das niedrige Niveau der Sozialbeiträge einer der wenigen Vorteile der Luxemburger Wettbewerbsfähigkeit, und der müsse bewahrt bleiben. c.mol.

„Staatsfinanzen haben sich gut erholt“

Den Staatsfinanzen geht es besser als erwartet. Die Sparpolitik gehört eingestellt. So lässt sich das Gutachten der „Chambre des salariés“ zum Haushaltsentwurf 2011 zusammenfassen.

Quasi als Gegengewicht zum Gutachten der Zentralbank lassen sich die Kommentare der Beschäftigtenkammer (CSL) zum Etat-Entwurf 2011 interpretieren, die am gestrigen Montag veröffentlicht worden sind.

Die öffentlichen Finanzen befinden sich 2010 und 2011 in einer vergleichsweise beneidenswert guten Situation und das entgegen den Prognosen der Regierung und vor Inkrafttreten des Sanierungsplans der Regierung, so die Berufskammer der Beschäftigten in ihrem Gutachten. Verglichen mit den Erwartungen Anfang 2010 sei der Finanzierungsbedarf um 700 Millionen Euro geschrumpft. Doch ausgerechnet diese Prognosen wurden als Grundlage genommen, um die Sanierungsstrategie auszuarbeiten, die 2011 in Kraft treten soll.

Pessimistische Prognosen

Das für 2013 angestrebte Defizitziel wird laut CSL bereits 2011 erreicht.

Das sei jedoch nicht nur auf das Sanierungsprogramm und die wirtschaftliche Erholung zurückzuführen. Grund seien auch die zu pessimistischen Prognosen.



Foto: Tageblatt-Archiv/Hervé Montaigu

Der Großteil des Sanierungsprogramms geht vor allem zu Lasten der Beschäftigten und der Privathaushalte

In diesem Zusammenhang fragt die CSL, ob das Sanierungsprogramm noch berechtigt ist, zumal es vor allem zu Lasten der Beschäftigten und der Privathaushalte geht.

Kein strukturelles Problem

In Frage stellt die Berufskammer auch die vorgeschobenen strukturellen Probleme. Seit 1995 musste Europa zwei Wirtschaftskrisen überwinden: 2002/2003 und 2008/2009.

Obwohl noch zögerlich sei der Wiederaufschwung in Luxemburg stets stärker als in den

anderen EU-Ländern. Das zeige doch, dass Luxemburg kein strukturelles Problem habe, so die CSL.

Die Krisenmaßnahmen müssten nach der Krise wieder aufgehoben werden. Da dies nicht der Fall sei interpretiert die CSL als Versuch, die Krise zu nutzen, um soziale Besitzstände abzubauen und das Luxemburger Sozialsystem auszuhebeln.

Die Berufskammer der Beschäftigten wird alle fünf Jahre von der Gesamtheit der in Luxemburg Beschäftigten gewählt, unabhängig von Nationalität und Wohnsitz. Präsident ist derzeit Jean-Claude Reding (OGBL).